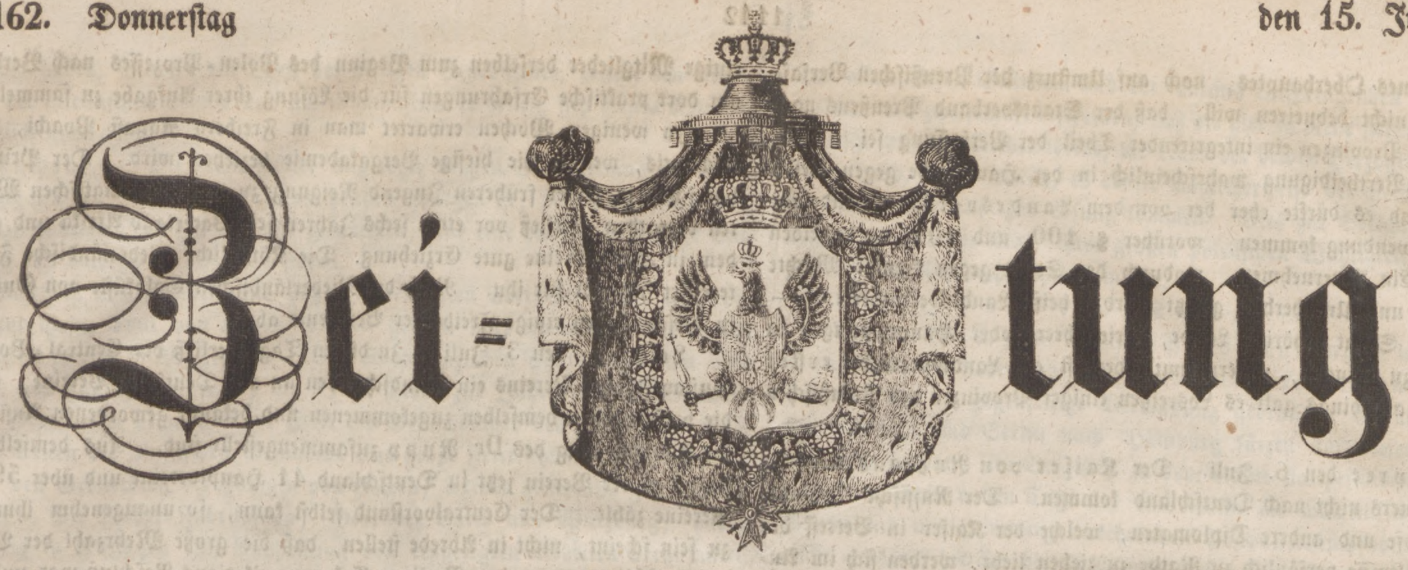
№ 162. Donnerstag den 15. Juli 1847.



Zei=tung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Von der auswärtigen Presse, deren Stimme über unsere wichtigsten vaterländischen Angelegenheiten wir nicht überhören sollen, ist namentlich auch die Niederländische und Belgische den landständischen Verhandlungen in Berlin mit Theilnahme und im Ganzen mit Anerkennung gefolgt. Einer übersichtlichen Darstellung derselben in der „Indépendance belge" entheben wir folgende, wie uns dünkt, wohl beachtenswerthe Stelle: „Der Landtag und die Krone haben bei diesem ersten öffentlichen Zwiegespräche so viel Takt als Freimuth bewiesen, der eine, indem er ohne Umschweife die Wünsche des Landes darlegte, die andere indem sie darauf mit der entschiedenen Absicht hörte, sie zu beseitigen, sobald es die Umstände erlauben werden. Was sind das für Umstände? Werfet, wie der König in der Thronrede sagt, einen Blick auf die Karte Europa's, und ihr werdet da die Antwort finden. Rußland auf der einen, Oesterreich auf der anderen Seite, zwei eifersüchtige Nachbarn, zwei stationaire Mächte, zwei jedem Fortschritt der Ideen, jeder politischen Bewegung widerstrebende Systeme, sind aufgeschrocken als die Veröffentlichung des Patents vom 3. Februar im Geiste Friedrich Wilhelms fest stand. Die Einberufung des Vereinigten Landtags war in ihren Augen eine monströse That, die Verhandlungen ein Aergerniß, die von der Krone genommenen Entschließungen fast eine Revolution. Ihre Agenten und ihre Blätter scheuten sich nicht diese Ansicht auszusprechen. Allein im Grunde kennt der Hof von St. Petersburg so gut als der von Wien die wahre Bedeutung und den wirklichen Werth dessen, was sich eben binnen einem Zeitraume von wenigen Monaten in Preußen erfüllt hat. Sie wissen daß Deutschland, welches sie ewig unbewegt und unthätig sehen möchten, durch das konstitutionell gewordene Preußen, das zugleich an der Spitze des Zollvereins steht, berufen ist zu einer neuen politischen Zukunft. Sie fühlen, daß der erste Vereinigte Landtag zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland eine Brücke der Einigung geworfen hat, welche keine Macht zu zerstören im Stande sein wird und die anzugreifen sie nicht wagen werden, weil ganz Deutschland sich erheben würde, um sie zu vertheidigen. Glaubt ihr nicht der Augenblick, auf dieser Brücke die ruhmreiche Fahne der Hohenzollern aufzupflanzen sei für den Enkel Friedrichs des Großen gekommen?" Das neue Verfassungswerk, fährt die „Indépendance" fort, werde sich mit der Zeit vergrößern, die neue Bestimmung Preußens sich erfüllen, weil sie nicht blos eine Preußische sei, sondern eine nationale, eine Deutsche. „Wie viel Wahres indeß in dieser Ansicht enthalten sein mag, auf Oesterreich, auf das Deutsche Kaiserhaus, findet sie, wenn überhaupt, doch nur eine sehr schwache Anwendung.

Potsdam den 12. Juli. (Spen. Ztg.) Gestern war ein Diner bei Sr. Majestät dem Könige auf Schloß Sanssouci, zu welchem der neue Polizei-Präsident von Berlin, Herr v. Minutoli, und mehrere andere Honoratioren geladen waren. Dem Vernehmen nach werden sich JJ. MM. morgen nach Pillnitz begeben, Se. Majestät der König aber in acht Tagen wieder hierher zurückkehren. — Am Sonnabend waren hier drei barmherzige Schwestern, dem Vernehmen nach aus Mainz, in Begleitung des Fürsten Wilhelm Radziwill. Sie sollen für eine in Berlin errichtete Heil-Anstalt gewonnen sein.

Berlin den 8. Juli. Die angestrengte Thätigkeit, welche während der Dauer des Vereinigten Landtages in unseren Ministerien geherrscht hat, dauert auch jetzt noch fort, indem alle Arbeiten, welche der Landtagsabschied nothwendig macht, mit großem Eifer gefördert werden. Hiernach zu urtheilen, dürften die allerhöchsten Entscheidungen ziemlich bald erfolgen, wie dieß auch die ganze Entwickelung unseres Landes wohl nothwendig macht. Was in auswärtigen Blättern von Maßregeln gesagt wird, welche gegen diejenigen Deputirten getroffen werden sollen, welche theils die Wahl der Ausschüsse verweigert, theils mit Protest gewählt haben, scheint aller Begründung zu entbehren, weil unsere Regierung die Gewissen und die freie Ueberzeugung stets achten wird, um so mehr, als wir uns in einer Uebergangsepoche zu ganz veränderten Institutionen befinden.

Die „Düss. Ztg." will wissen, daß sich das Gerücht, der Polizei-Direktor Duncker habe seine bisherige Stellung bei der hiesigen Sicherheitspolizei niedergelegt und in dem Criminalinspector Gsellius einen Vertreter erhalten, wirklich bestätige.

Dem „Nürnberger Correspondenten" wird aus Berlin vom 3. Juli geschrieben: „Der Schriftsteller Ludwig Buhl, welcher seit einem Jahr als Festungsgefangener in Magdeburg verweilt, wird nächstens seine Freiheit erhalten; es ist aber schon wieder ein Preßprozeß gegen ihn anhängig gemacht, welcher gleich nach seiner Entlassung aus Magdeburg auf dem hiesigen Criminalgericht — ungewiß, ob öffentlich oder bei verschlossenen Thüren — verhandelt werden soll.

Die neue „Deutsche Zeitung" bringt über den Schluß des Landtags einen Artikel unter dem Datum Berlin, vom 28. Juni, aus dem wir Nachstehendes mittheilen: „Ueber die Katastrophe unseres Landtags fehlt den Meisten der Schlüssel. Es ist notorisch, daß in den höchsten Kreisen während der Verhandlungen abwechselnd große Heiterkeit und große Mißstimmung herrschte. Die vorsichtige Haltung der Commissäre schien von Anfang entsprechende Aussichten zu geben, und es ist bekannt genug, daß die oppositionellen Abgeordneten eine Zeit lang in den schönsten Erwartungen lebten. Gegen Ende des Landtags scheint bei den Verhandlungen über die Ostbahn die Aenderung eingetreten zu sein. Es ist Jedermann, der lesen kann, aus den Verhandlungen in der Herrenkurie am 19. Juni klar, daß in diesem Zeitpunkte schon alles das abgemacht war, was erfolgt ist. Es war in dieser Sitzung, daß eine hohe Person erklärte, die Summe der Verfassungspetition der Drei-Stände-Kurie ließe nichts von den Hauptinstituten des Patents vom 3. Februar übrig; mit der Einführung der Periodicität des Vereinigten Landtages und dem Wegfalle der Ausschüsse fielen zwei Hauptbedingungen dieses Gesetzes; der Antrag auf Zustimmung der Stände zu Verfassungsänderungen bezwecke eine weitere Schmälerung der Rechte der Krone; man solle durch Handlungen und Thaten beweisen, wie man dem jetzigen Könige und dem künftigen Könige vertraue! Diese Aeußerungen mußten für die Herren-Kurie bestimmend sein und sind es vielleicht nur für wenige erst in dieser Sitzung geworden. Nach den Aeußerungen des Prinzen Hohenlohe waren die Provinziallandtagsmarschälle bereits von dem Könige angewiesen, besonders darauf hinzuwirken, „„daß die Wahl der Ausschüsse stattfinde."" Er fügte hinzu, viele der Abgeordneten glaubten, der König lege keinen Werth auf diese Wahlen; es sei zu wünschen, daß sie ins Klare kämen und die Folgen einsehen lernten, die sie sich zuziehen würden, wenn sie die Wahl verweigerten. Dies kündigten schon die ersten Worte des Königl. Kommissars in der Schlußrede an.

Berlin den 13. Juli. Gestern hat sich unser bisheriger Polizei-Präsident, Herr v. Puttkammer, nach dem Orte seines neuen Wirkungskreises, Frankfurt a. d. O., begeben, nachdem er am verflossenen Sonnabend seinem hiesigen Nachfolger im Amte, Herrn v. Minutoli, das ganze Personal des Polizei-Präsidiums vorgestellt hatte. Herr v. Minutoli richtete bei dieser Gelegenheit an das letztere sehr freundliche Worte und empfahl demselben auf das Dringendste Humanität und höfliches Benehmen gegen das Publikum, indem auf diesem Wege die Polizei-Beamten sehr viel in ihrem schwierigen Berufe wirken könnten und sich selbst ihr Amt um Vieles erleichtern würden.

Ueber den Beginn der öffentlichen Verhandlungen in dem Polen-Prozesse läßt sich nur so viel mit einiger Bestimmtheit angeben, daß er vor dem nächsten Monat nicht stattfinden wird, weil die nöthigen Vorarbeiten der Vertheidigung, und auch die definitive Herüberschaffung aller betheiligten Gefangenen, noch eine geraume Zeit erfordern. Indessen arbeiten die Vertheidiger unausgesetzt mit den Angeklagten, von denen sie erwählt worden sind. Die Anklage-Akte geht bekanntlich auf Hochverrath. Nun aber lautet der betreffende Paragraph des Allg. Landrechts darüber folgendermaßen, Theil II. Tit. 20. §. 92: „Ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung des Staats, oder gegen das Leben, oder die Freiheit seines Oberhauptes abzielt, ist Hochverrath." Das Unternehmen der Polen ging indessen auf Wiederherstellung des Polnischen Reiches in den Grenzen vor 1772, zielt also weder gegen das Leben,

oder die Freiheit seines Oberhauptes, noch auf Umsturz der Preußischen Verfassung, wenn man nicht deduciren will, daß der Staatsverband Preußens nach seinen verschiedenen Provinzen ein integrirender Theil der Verfassung sei. Deshalb wird sich die Vertheidigung wahrscheinlich in der Hauptsache gegen diesen Punkt wenden, und es dürfte eher der von dem Landesverrath handelnde Paragraph zur Anwendung kommen, worüber §. 100. und 101. an derselben Stelle lautet: „Ein Unternehmen, wodurch der Staat gegen fremde Mächte in äußere Gefahr und Unsicherheit gesetzt wird, heißt Landesverrätherei." — „Wer ganze, dem Staat gehörige Lande, Kriegsheere oder Hauptfestungen in feindliche Gewalt zu bringen, unternimmt, der ist ein Landesverräther erster Klasse." Denn allerdings galt es Losreißen einiger Provinzen des Preußischen Staats.

Von der Spree den 6. Juli. Der Kaiser von Rußland wird im Laufe dieses Sommers nicht nach Deutschland kommen. Der Russische Gesandte am Preußischen Hofe und andere Diplomaten, welche der Kaiser in Betreff der auswärtigen Verhältnisse persönlich zu Rathe zu ziehen liebt, werden sich im August nach St. Petersburg begeben. Wie man behauptet, ist auch der Fürst Paskewitsch nach dort entboten worden und wird der Kaiser später, zum Behuf großer Truppenmanöver, sich nach Warschau begeben. Wenn hinzugefügt wird, daß der Großfürst Michael ihn dahin begleiten, und daß auch die Großfürstin Helene zum zweitenmale die Hauptstadt Polens besuchen werde, so wird man von neuem an die früheren Gerüchte gemahnt, deren Verwirklichung durch das Unwohlsein des Kaisers hinausgeschoben worden sein sollte.

Halle, den 6. Juli. (K. Z.) Bis Professor Roß Beweise eines friedfertigeren Benehmens gegeben haben wird, bleibt ihm durch eine von dem Minister Eichhorn extrahirte Kabinets-Ordre die Bestätigung versagt, deren seine Wahl zum Prorektor bedarf. Inzwischen hätte man nicht geglaubt, daß Volkmann, der gelehrte und geistvolle Mann, das unter solchen Verhältnissen und auf solche Weise ihm übertragene Ehrenamt annehmen werde. Dennoch ist es Thatsache, daß derselbe sich, dem gegenwärtigen Prorektor gegenüber, zur Annahme bereit erklärt hat. Der akademische Senat, hören wir sagen, will seinerseits Schritte zur Abweisung des eingeschlagenen Verfahrens thun. Wenigstens hat derselbe ein ausdrückliches Gutachten der juristischen Fakultät über den Rechtsbestand in dieser Angelegenheit einzuholen beschlossen. Leider indeß verzögerte es sich mit der Ertheilung dieses Gutachtens. Es ist heute der sechste des Monats und schon am 12. findet bekanntlich die jedesmalige Einführung des neuen Prorektors statt.

Minden, den 10. Juli. (Elberf. Z.) Der Dr. Schrader ist wegen seiner bei Fr. Eßmann in Minden erschienenen Rechtfertigung über die Anklage wegen seines Buches „der Antipietist" aufs Neue in den Anklagezustand versetzt worden, welches hier viel Aufsehen macht, da derselbe nach Münster vor das Konsistorium geladen ist. Es wird immer von christlicher Liebe gepredigt, und eben von dieser christlichen Liebe soll die Anklage ausgegangen sein. Der Dr. Schrader ist nicht allein in seiner Gemeinde, sondern auch in der Umgegend sehr geachtet. Er ist im wahren Sinne des Worts ein Seelsorger, wie er sein soll.

Köln, den 9. Juli. Es ist die Wahrnehmung erfreulich, daß die Regierung in dem politischen Prozesse wider die in Berlin als Theilnehmer an der im Großherzogthum Posen und einem Theile Westpreußens entdeckten hochverrätherischen Verbindung verhafteten Angeschuldigten, welcher unter Anwendung des neu eingeführten mündlichen Prozeßverfahrens vielleicht gegen Ende dieses Monats beginnen wird, den Betheiligten eine uneingeschränkte Wahl der Vertheidiger in der ganzen Monarchie gestattet. So ist aus der Rheinprovinz außer dem Advokaten Pelzer II. in Aachen, der sich zur Vorbereitung der Sache bereits in Berlin befindet, der Advokat-Anwalt Compes heute dahin abgereist, und wir hören, daß der Criminal-Senat des Königlichen Kammergerichts auch dem Justizrath Esser II. angezeigt hat, daß er von mehreren der Beschuldigten zum Vertheidiger erwählt worden sei. So werden aus anderen Provinzen den Angeschuldigten vielleicht auch Männer zur Seite stehen, in die sie ihr besonderes Vertrauen gesetzt haben. Für den Freund der Rheinischen Justiz-Verfassung ist die Thatsache, daß Rheinische Advokaten vor dem Kammergerichte in Berlin zugelassen werden, um in freier Rede eine Vertheidigung zu führen, wovon vor nicht langen Jahren Niemand die Möglichkeit hätte ahnen können, gewiß von erheblichem Interesse. Sie ist ein Zeichen der Geltung, welche das Rheinische Prozeß-Verfahren nach schwerem Kampfe sich errungen hat, der Anerkennung seiner Vorzüge durch Einführung einer ähnlichen Prozeßform, — ein Zeichen, daß das Gute, wo es sich findet, anerkannt und benutzt und dem Grundsatze des Fortschritts gehuldigt wird. Wir wollen hoffen, daß das neue Prozeß-Verfahren und die Nützlichkeit der öffentlichen Verhandlung für Staat und Bürger gerade in diesem Polen-Prozesse sich bewähren und bald in allen Theilen der Monarchie Anwendung finden möge.

Ausland.

Deutschland.

Dresden. — Seit wie langen Jahren die Reform unseres Strafverfahrens bereits betrieben worden und auf wie viel Hindernisse sie gestoßen ist, kann Niemanden unbekannt sein, der unseren Staatszuständen einige Aufmerksamkeit schenkt. Jetzt endlich scheinen die Vorbereitungen zu dieser Reform ernstlich in Angriff genommen worden zu sein; die für den Entwurf der Strafprozeßordnung beauftragte Kommission hat ihre Sitzungen begonnen, und dem Vernehmen nach wollen sogar einige Mitglieder derselben zum Beginn des Polen-Prozesses nach Berlin reisen, um dort praktische Erfahrungen für die Lösung ihrer Aufgabe zu sammeln.

In wenigen Wochen erwartet man in Freiberg Aquasi Poachi, Prinz der Aschantis, welcher die hiesige Bergakademie beziehen wird. Der Prinz Poachi hat schon in seiner früheren Jugend Neigung zu den mathematischen Wissenschaften verrathen, verließ vor etwa sechs Jahren sein Vaterland Afrika und genoß seitdem in Holland eine gute Erziehung. Die Königliche Niederländische Familie interessirt sich sehr für ihn. Nach der Niederländischen Goldküste von Guinea gehen in diesen Tagen einige Freiberger Bergleute ab.

Leipzig, den 3. Juli. In diesen Tagen erließ der Central-Vorstand des Gustav-Adolph-Vereins ein Rundschreiben an alle Deutschen Vereine, in welchen die verschiedenen demselben zugekommenen und bekannt gewordenen Ansichten über die Ausschließung des Dr. Rupp zusammengestellt sind. Aus demselben ergiebt sich, daß der Verein jetzt in Deutschland 41 Hauptvereine und über 599 Zweig-Vereine zählt. Der Centralvorstand selbst kann, so unangenehm ihm dies auch zu sein scheint, nicht in Abrede stellen, daß die große Mehrzahl der Vereinsglieder entschieden gegen den Berliner Exkommunikations-Beschluß war und ist. Im Widerspruch damit scheint er aber die Ausschließung Rupp's noch weiter ausdehnen zu wollen, als man es in Berlin vorgehabt, indem er in einem dem Rundschreiben angehängten Briefe an den Haupt-Verein in Königsberg geradezu ausspricht: „wir gehen von der festen Ueberzeugung aus, daß der Berliner Beschluß die Unfähigkeit des Herrn Dr. Rupp zur Mitgliedschaft unseres Gesammt-Vereins ausspricht." Daß aber in Berlin nur von der Deputirten-Eigenschaft die Rede war, ist aus den Protokollen bekannt. Demnach hoffen wir, daß in Darmstadt, sofern sich nicht wieder wie in Berlin Gewalten ohne Beruf mißrathend einmischen, ein den Frieden des Vereins wiederherstellender Beschluß gefunden werde. In dem für das Jahr 1846—47 so eben ausgegebenen Unterstützungsplan des Central-Vorstandes ist die Gesammtsumme der Ausgaben für dieses Jahr auf 79,981 Thlr. 2 ngr. veranschlagt, welche für 113 bedürftige Gemeinden bestimmt sind.

Aus Rheinhessen, den 2. Juli. In der Rede, womit Se. Königliche Hoheit unser Großherzog am 28. v. M. den Landtag geschlossen, kommt auch folgende Stelle vor: „Namentlich bleibt Ihnen das Verdienst, die erste Abtheilung des künftigen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für das Großherzogthum festgestellt zu haben." Man will aus dieser speziellen Hindeutung auf das Civil-Gesetzbuch, ohne daß des Polizei-Strafgesetzbuches weiterer Erwähnung geschieht, den Schluß ziehen, daß das letztere nicht in Wirksamkeit treten werde. Ein Grund hierzu liegt wohl zunächst in der großen Meinungsverschiedenheit beider Kammern über Hauptprinzipien jenes Gesetzbuches, die, so viel wir wissen, nicht ausgeglichen wurde. Es bliebe demnach das Polizeistrafgesetzbuch, wenn es die Regierung überhaupt nicht zurückzieht, der abermaligen Berathung der künftigen Stände vorbehalten, und wenn sich auch dann wieder eine Meinungsverschiedenheit über Hauptgrundsätze des Gesetzes in beiden Kammern herausstellt, steht es der Regierung verfassungsmäßig zu, die Stimmenzahl des Für und Gegen in beiden Kammern über das Gesetz selbst entscheiden zu lassen.

Aus Bayern, den 3. Juli. Die Verhandlungen der Landräthe, so weit sie zur öffentlichen Kenntniß kommen, erregen jetzt vielfaches Interesse. Aus den Protocollen der Landräthe ist hervorzuheben, daß die meisten Versammlungen dem König ihren Dank aussprachen für den Beschluß, welcher die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, und der Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit verkündet hat. Da in diesen Aussprüchen der Landräthe mehrfach der vollen Oeffentlichkeit Erwähnung geschieht, so muß man annehmen, daß die Regierung den Versammlungen in dieser Beziehung entsprechende Eröffnungen gemacht hat und daß demnach die vielfach geäußerten Besorgnisse, daß es die Absicht sei, nur eine beschränkte Oeffentlichkeit zuzulassen, unbegründet sind.

Aus Bamberg vom 3. Juli schreibt das Frankfurter Journal: „Um wechselseitigen Entstellungen vorzubeugen, theile ich Ihnen den wahrheitsgetreuen Sachverhalt über die hiesige Erscheinung der Lola Montez mit. Im Hotel zum Bamberger Hofe waren auf Veranstaltung eines Lotto-Collecteurs Dekorationen zum festlichen Empfange derselben angebracht worden, was die Andersgesinnten noch mehr reizte, die im Bahnhofe Angekommene mit Schreien und Pfeifen zu empfangen. Lola Montez bedrohte die den Wagen umdrängende Menge mit Pistolen. Nach ihrer Ankunft wurde der Gasthof eine Zeit lang geschlossen. Dieser mit vermuthlicher Entstellung ins Bad Brückenau gelangende Vorfall wurde daselbst übel vermerkt. Es muß hier zur Vermeidung eines möglichen Mißverständnisses bemerkt werden, daß die Motive, die den von der gestürzten Partei fanatisirten Haufen leiteten, der städtischen Behörde durchaus fremd sind. Der Bamberger Magistrat gehört, wie das sein jüngstes Aktenstück über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit bekundet, zur entschieden freisinnigen Partei. Von diesem Standpunkt aus dürfte seine Handlungsweise die angemessenste Beurtheilung finden. Daher auch die in seiner Mitte gefallene Aeußerung: „Wir haben die Verwaltungsgrundsätze des Ministeriums Abel jederzeit offen bekämpft, wir haben uns dadurch nicht veranlaßt, der gefallenen Größe der Rückschrittspartei einen Fußtritt beizubringen, halten es vielmehr für unsere Ehre und Pflicht, bei dem gegenwärtigen Konflict durchaus neutral zu bleiben."

Aus Augsburg vom 30. Juni schreibt der Nürnberger Correspondent: „Nachdem nunmehr Allerhöchster Bestimmung zufolge auch die geistlichen Lehrer an den höheren Lehranstalten den vorgeschriebenen Prüfungskurs für das Lehramt

zu bestehen haben, so wird ein Theil der hiesigen Benediktiner, welche den Unterricht an der lateinischen Schule und am Gymnasium ertheilen, sich diesem Konkurse nachträglich unterziehen."

München. — Die schon früher angeregte Gagen-Gleichstellung der Militair-Aerzte mit den Offizieren der entsprechenden Chargen ist, dem Vernehmen nach, neuerdings höheren Orts zur Sprache gekommen, und eine hierauf bezügliche Entschließung soll baldigst zu erwarten stehen.

Kissingen ist von höchsten und hohen Herrschaften überfüllt. Der Erbgroßherzog und Prinz Emil von Hessen wurden gestern dort erwartet. Die neueste Kurliste zählt bereits 1630 Fremde. Dem Kronprinzlichen Paare wurde am 3ten Serenade und Fackelzug gebracht; am 17ten findet zur Jahresfeier der Vermählung der Großfürstin Olga und zur Feier des Geburtstages des Kaisers von Rußland von Seiten des Russischen Gesandten eine große Feierlichkeit statt. Auf den 8. Juli, den Geburtstag der Königin von Baiern, werden gleichfalls Festlichkeiten vorbereitet. Die Möbel-Fabrikanten, Gebrüder Barth aus Würzburg, haben gegenwärtig in Kissingen eine Ausstellung von eingelegten Arbeiten veranstaltet, die mit großem Geschmack, Feinheit und ungemeiner Zierlichkeit ausgeführt und zur Verloosung bestimmt sind. Bewohner von Paris und London gestehen, nichts schöneres gesehen zu haben. Bewunderte Arbeiten dieser Fabrik befinden sich bereits im Besitz Ihrer Majestät der Königin von Preußen und Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Baiern, und auf der Ausstellung zu Berlin wurde ihren Fabrikaten ein Preis zuerkannt.

Darmstadt, den 7. Juli. In dem eben erschienenen Landtagsabschiede wird den Ständen für die bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches bewiesenen Thätigkeit und ihren Eifer eine Anerkennung ausgesprochen und gesagt daß sie durch die gefaßten Beschlüsse, dem Vertrauen des Großherzogs vollkommen entsprochen haben. „Wir hoffen, heißt es dann weiter, daß auch hinsichtlich der weitern Abtheilung des bürgerlichen Gesetzbuches und der sonstigen, zur Erfüllung des Art. 103 der Verfassungs-Urkunden erforderlichen Gesetzgebungswerke dasselbe wechselseitige Vertrauen und Entgegenkommen bestehn und so der Zeitpunkt erscheinen wird, wo durch Uebereinstimmung zwischen Regierung und Ständen des Großherzogthum, nach seinen ältern und neuern Gebietstheilen, einer und derselben Rechtsgesetzgebung sich erfreuen kann." Etwas später folgt die Mittheilung, daß der Bitte der Stände, auch der israelitischen Waisenkindern die Wohlthaten der Landesweisenanstalt zukommen zu lassen, entsprochen und die nöthigen Anordnungen getroffen worden seien.

Stuttgard, den 6. Juli. Durch einen neulich gefaßten Beschluß des k. Geheimraths ist es gestattet worden, Censurverstümmelungen in den betreffenden Blättern wenigstens zu erwähnen; man erfährt doch auf diesem Wege, wie die Censur gehandhabt wird und warum jüngst ein würtembergisches Blatt ganz weiß erschien. In der That enthält auch der Beobachter täglich solche Quittungen für empfangene Censurwohlthaten. — Von den während der unruhigen Tage des Monats Mai hier Verhafteten befinden sich noch vierzehn in den Gefängnissen des k. Criminalamts. Auf das Vorhandensein eines Komplotts hat — wie man vernimmt — die Untersuchung nicht geführt. (Beob.)

Aus Luxemburg, Anfangs Juli. Die jüngste Ständeversammlung des Großherzogthums Luxemburg war für die politischen und kirchlichen Fragen des Tages nicht ohne eingreifende Wirkung. Außerdem daß sie einen Vorschlag wegen Unabsetzbarkeit der Richter der Krone vorlegte, beschäftigte sie sich in ihren Sitzungen mit dem kirchlichen Treiben der ultramontanen Partei. Luxemburg ist wie bekannt ein Hauptsitz für die wühlende und aufregende Thätigkeit der jesuitischen Propaganda geworden und der Träger dieser Richtung ist der apostolische Vikar Laurent, von dessen finsterem Thun und Treiben die Zeitungen zu öfteren Malen berichtet haben. Ist in den Kreis des bürgerlichen Lebens des ganz katholischen Landes dadurch Unfriede und Zwiespalt gekommen, so regt sich auch bei den Geistlichen der natürliche Widerstand dagegen, von einem Fremden, der sich geweigert hat, dem Landesherrn den üblichen Eid der Treue zu leisten, die kirchlichen Verhältnisse mit herrschsüchtiger Willkür geleitet zu sehen. Diese Lage der Dinge veranlaßte den Abgeordneten Ledure zu einem Vorschlag, der mit allen gegen eine Stimme von der Kammer angenommen ward: die Stände des Großherzogthums sprechen unter den obwaltenden Umständen den Wunsch aus, der König möge Schritte thun, daß die Bestimmungen des Konkordats von 1831, so wei es die Verpflichlungen des Klerus gegen den Staat und die Unabhängigkeit der Geistlichen feststellt, gehandhabt oder zurückgeführt werden möchten.

Braunschweig. — Ueber die Nachricht von der Verlobung des regierenden Herzogs von Braunschweig sagt der Correspondent einer noddeutschen Zeitung, daß sie von vorn herein habe als unbegründet arscheinen müssen. „Denn erstens weiß man, daß das österreichische Kabinet die braunschweigischen Agenten ganz offen begünstigt, und selbst für den Fall einer Vermählung des Herzogs Wilhelm der Successions-Fähigkeit von dessen Kindern schwerlich das Wort reden würde; dieser Ansicht des österreichischen Kabinets wird von Seiten Hannovers aus nahe liegenden Gründen in jeder Weise beigepflichtet, da ja bekanntlich das braunschweigische Haus nur auf vier Augen steht, und das Land daher für den Fall, daß keine direkten Leibeserben da sind, an Hannover fällt, drittens ist es auch keineswegs unbekannt, wie der Herzog Karl für den Fall einer Vermählung des Herzogs Wilhelm sogleich gleichfalls heirathen würde, und wie sogar bereits eine ganz bestimmte Prinzessin, die Tochter eines in diesem Jahrhundert mediatisirten Fürsten, für diesen Fall bestimmt ist, dem Herzoge Karl die Hand zu reichen, so daß alsdann die Kinder desselben denen des Herzogs Wilhelm der Nachfolge vorangehen würden. Aus allen diesen Gründen und der daraus entspringenden Schwierigkeiten dürfte es kaum als zweifelhaft erscheinen, daß die hier in Rede stehende Vermählungsfrage so lange ungelöst bleiben werde, bis einer der beiden Herzöge das Zeitliche gesegnet haben wird, d. h. freilich, es dürfte möglicherweise bei gleichmäßiger Lebensdauer Beider dieselbe nicht zur Lösung kommen. Dies zur Berichtigung einer Nachricht, die, wenn sie wahr wäre, ihrer großen politischen Wichtigkeit wegen, ein lebhaftes Interesse in Anspruch nehmen müßte.

Oesterreich.

Wien, den 2. Juli. Unsere Postverbundungen mit dem Norden von Deutschland haben jetzt auch nach Großbritannien eine Erweiterung erhalten. Die in gegenseitige Verbindung gebrachten Eisenbahnfahrten von hier über Breslau und Berlin nach Hamburg kürzen auf diesem Wege die Briefpost nach London, im Vergleich zu dem bisher stattgefundenen Weg über Frankreich, um einen vollen Tag ab, und wenn die wöchentlich am Mittwoch und Sonnabend mit Hamburg verkehrenden Postpacketdampfboote dort rechtzeitig erreicht werden, beträgt die Abkürzung dieser Verbindungslinie selbst 48 Stunden. Die allgemeine Hofkammer hat sich daher bewogen gefunden, vom 20. d. M. an die Briefpost zwischen hier und einem Theil der Monarchie nach Großbritannien auf diesem Wege zu instradiren, wo das Porto im Ganzen für den einfachen Brief auf 32 bis 38 kr. C. M. zu stehen kommt.

Durch ein allerhöchstes Dekret vom 29. Mai hat der Kaiser auf die vom Wiener Konsistorium warm bevorwortete Bitte des Central-Vorstandes des Gustav-Adolph-Vereins zu Leipzig genehmigt, daß die Protestanten in und um Töplitz eine besondere Kirchengemeinde bilden.

Ein Handbillet Sr. Majestät des Kaisers an den Staats-Minister Grafen Kollowrath fordert diesen dringend auf, dem so hochgesteigerten Wucher in den Lebensmitteln aller Art, so viel als möglich, zu steuern.

Der berühmte Englische Freihandels-Apostel Cobden ist hier eingetroffen und wird durch Lord Ponsonby beim Fürsten Metternich und Baron Kübeck vorgestellt werden.

Galizien.

Aus Krakau, den 1. Juli, wird der „Berliner Zeitungshalle" geschrieben: Jener Galizische Bauer, der während des vorigen Jahres in der anti-republikanischen Gegenrevolution eine so bedeutende, freilich manchen nicht ganz klare Rolle spielte, — der Galizische „Bauernkönig" Szela, wurde bekanntlich wegen einer ungeheuren Menge Anklagen zur Untersuchung gezogen, er stellte sich im Bewußtsein seiner Unschuld freiwillig und erhielt die Stadt Tarnow zu seinem Aufenthaltsorte angewiesen. Längst war man nun gespannt auf das Urtheil, welches in dieser Sache erfolgen würde. Es ist erfolgt: Szela ist durch alle Instanzen für unschuldig und die gegen ihn erhobenen Anklagen für durchaus unbegründet erklärt worden. Aus jenem lossprechenden Urtheile ist in unsern Tagen auch noch ein zweites über 16 Oesterreichische Offiziere, Deutscher und Polnischer Nation, gefällt worden, welche in der letzten Revolution kompromittirt waren.

Ungarn.

Pesth, Ende Juni. Die Noth und das Elend in den Karpathen ist grenzenlos. Fast die gesammte dasige Bevölkerung leidet Hunger, mit Ausnahme von sehr wenig Wohlhabenden. Man setzt in die Stelle des Brodes Wurzeln, Gras, selbst einige Moosarten. Als ein geringer Ersatz kamen die Waldbeeren, welche dieses Jahr in großem Ueberflusse wachsen, und nach denen die Menschen in Schaaren zogen. Tiefer hinab im flachen Lande herrscht zwar auch Noth, jedoch nicht in dem Maße, wie im Gebirge. Was sie aber in Ungarn überall auf den höchsten Grad bringt, das ist der Mangel an Arbeit und Erwerb.

Frankreich.

Paris, den 8. Juli. In der Kammer machte die Ankündigung der Anleihe einen üblen Eindruck; denn es ist allerdings betrübend, daß nach einem 32jährigen Frieden die Staatsschuld sich fortwährend vergrößert, nur um die Staatsbedürfnisse zu decken. In welche Verlegenheit würde man in Kriegsfällen seyn! Ueber den genauen Zeitpunkt und über die Bedingungen der Anleihe hat der Minister noch nichts angeben. Man glaubt, daß die Anleihe in zwei Abtheilungen flüssig gemacht werden soll, davon die eine von 150 Mill. im bevorstehenden September und 200 Mill. im April oder Mai kommenden Jahres. Die Zahlung würde zu 20 Mill. monatlich verlangt werden, so daß in anderthalb Jahren das Geld eingezahlt wäre.

Der Pairshof begann heute unter dem Vorsitze des Kanzlers Herzogs Pasquier die Verhandlung des Prozesses gegen die wegen Bestechung oder Bestechungsversuch Angeklagten, General Cubières, Pellapra (der sich aber der Verhandlung durch die Flucht entzogen hat), Parmentier und Teste. Schon um 11 Uhr wurden die öffentlichen Tribünen dem Publikum geöffnet. Die Damen wurden jedoch, wie dies bei Verhandlung von Kriminal-Prozessen vor dem Pairshofe so Gebrauch ist, nicht zugelassen. Die Zahl der Zuhörer ist sehr groß. Am Mittag nahmen mehrere Advokaten auf der Bank der Vertheidiger Platz. Alle Mitglieder des Pairs-Gerichtshofes sind in großem Kostüm mit Degen an der Seite und dem Federhute. Der General-Prokurator und der General-Advokat nehmen ihre Plätze ein am Parquet. Bald darauf wird Herr Teste eingeführt. Sein Sohn begleitet ihn und nimmt unmittelbar hinter ihm Platz. Herrn Teste folgen General Cubières und Herr Parmentier. Herr Teste und Herr Cubières sind in schwarzem Frack. Der Kanzler fordert zur Stille auf und erklärt die Audienz für eröffnet. Herr Cauchy, Greffier des Pairshofes, nimmt den Namens-Aufruf

vor. Die drei Angeklagten sitzen an der Seite ihrer Vertheidiger, nämlich General Cubières an der Seite des Herrn Baroche, Herr Teste an der Seite der Herren Peillet und Marc Defaut, Herr Parmentier an der Seite des Herrn Andree Benoit. General Cubières zeigt eine sehr ruhige Haltung, während bei Herrn Teste die innere Gemüthsbewegung durch viele Symptome sich kundgiebt. Herr Parmentier hat sogar eine heitere, selbstzufriedene Miene, wie ein Mann, der sicher ist, aus der ihm auferlegten Prüfung unverletzt hervorzugehen. Ich bemerke hierbei, daß das Publikum die Sicherheit, die Herr Parmentier affektirt, keinesweges für ihn theilt. Es war vor dreiviertel auf 1 Uhr, als der Namens-Aufruf zu Ende war.

Paris, den 9. Juli. Am Schluß der Sitzung vom 6. Juli richtete der Marquis von Mornay eine Frage an den Justiz-Minister. Es handle sich, sagte der Interpellant, um eine sehr ernste Sache. Er frage ob es wahr sei oder nicht, daß eine der im Cubièresschen Prozeß am meisten kompromittirten Personen, Herr Pellapra, die Flucht ergriffen habe. Wenn dies der Fall wäre, so würde man daraus schließen können, daß es allen vermögenden Leuten möglich sei, den Gesetzen ungestraft Trotz zu bieten. Er hoffe, der Minister werde Auskunft über die Sache geben. Der Justiz-Minister bedaurte, daß der ehrenwerthe Deputirte ihn nicht vorher von seiner beabsichtigten Interpellation benachrichtigt. „Hätte er dies gethan“, fuhr der Minister fort, „so würde ich ihm gesagt haben, daß ich, hier durch meine Pflicht zurückgehalten, nicht im Stande gewesen, Nachrichten über die Sache einzuziehen oder zu empfangen. Ich kann hinzufügen, daß, selbst den Fall gesetzt, das Gerücht wäre gegründet, der ehrenwerthe Deputirte doch hätte wissen müssen, daß die Regierung am wenigsten dieserhalb ein Vorwurf treffen kann.“ Die Kammer trennte sich nach dieser Erklärung sehr aufgeregt; man erzählte sich, Herr Pellapra habe an den Kanzler des Pairshofes geschrieben, er werde nicht vor dem Tribunal erscheinen, sondern seine Zuflucht nach dem Auslande nehmen, um sich diesem Prozeß zu entziehen. Und dieses ist wirllich geschehen.

So eben hat der Staatsrath die Wahl des Herren Dubuisson zum Mitglied des General-Conseils des Departements Pas de Calais wegen dabei vorgefallener Bestechungen und anderer Gesetzwidrigkeiten für ungültig erklärt.

Das Journal des Débats bemerkt über den gegenwärtigen Krieg der Vereinigten Staaten gegen Mexiko: „Der Nordamerikanische General Scott hat eine Proklamation an die Mexikaner erlassen, worin er betheuert, daß die Vereinigten Staaten geneigt seien, Frieden zu schließen. Nach ihm wäre der Hauptgrund des Krieges gewesen, daß eine bedeutende Partei in Mexiko an die Stelle der republikanischen Verfassung eine monarchische habe setzen wollen, ein Plan, welcher den Interessen des Festlandes von Amerika wesentlich entgegen sei. Auf diesen Punkt wollen wir vorzugsweise die Aufmerksamkeit lenken. General Scott bringt nämlich hier wieder den Anspruch vor, welcher schon seit langer Zeit von den Vereinigten Staaten offen ausgesprochen worden ist, das Festland von Amerika von Europa zu isoliren und daraus eine große unabhängige, von dem übrigen Theile der Erde abgesonderte Verbindung zu machen. In dem Friedens-Vertrage, über welchen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko verhandelt werden soll, befindet sich, wie man sagt, ein Artikel, wonach Mexiko mit den Vereinigten Staaten eine Offensiv- und Defensiv-Allianz gegen jede Einmischung der Europäischen Mächte in das Festland von Nord-Amerika bilden solle. Bei Gelegenheit der Angelegenheiten von Buenos-Ayres hatten die Vereinigten Saaten bereits gegen die Intervention Europäischer Mächte in die Angelegenheiten von Süd-Amerika protestirt.

Heine lebt seit einem Monat in Montmorency bei Paris und kommt mehrere Male in jeder Woche auf der Eisenbahn nach der Hauptstadt. Mit seiner Gesundheit soll es bedeutend besser gehen.

Der Univers meldet, daß die Bischöfe von Marseille und Frejus an den Kultus-Minister eine Protestation gegen den vom Unterrichts-Minister vorgelegten Gesetz-Entwurf in Betreff des Sekundär-Unterrichts eingeschickt hätten.

Spanien.

Madrid, den 3. Juli. Seit der Veruneinigung mit ihrem Schwiegervater und Onkel ist die Königin, wenn sie die Theater besucht, stets von den vornehmsten Hofbeamten begleitet. Der Correo erklärt die Behauptung, daß man dem Könige seine Musiklehrer und Reitpferde entzogen habe, für grundlos. — Der Infant Don Franz von Paula befindet sich noch in Madrid, indeß heißt es, daß er die Zurücknahme seiner Ausweisung nicht erlangen konnte, ohne daß man ihm jedoch die Gründe seiner Verbannung mitgetheilt hätte. — Der plötzliche Auszug des Infanten Don Franz aus dem Königl. Schlosse, wurde auf Befehl der Königin durch die Königl. Dienerschaft befördert, und machte einen fast komischen Eindruck, da man hier dergleichen noch nicht gesehen hatte.

Der Heraldo kündigt die nahe bevorstehende Aussöhnung des Königlichen Ehepaares an. Er bestätigt, daß der Infant Francisco durchaus nicht den Königlichen Palast verlassen wollte und durch den General-Capitain von Madrid fast mit Gewalt entfernt werden mußte. Heute noch reist der Infant mit seiner Tochter in die Bäder von San Sebastian ab.

Großbritannien und Irland.

In der Wochenversammlung des Dubliner Repealvereins am 5ten d. hielt J. O'Connel in Betreff der herannahenden Wahlen eine Rede, worin er die Wähler ermahnte, nur Alt-Irländer, echte Repealer in das Unterhaus zu senden, alle Anti-Repealer aber und Jung-Irländer, die er als chartistische Repealpartei bezeichnete, davon auszuschließen. Der Ertrag der Wochenrente, die wieder im Zunehmen ist, wurde auf 112 Pf. Sterling angegeben.

Unter allen Nöthen dieses Jahres und trotz der gänzlichen Aufhebung aller Einfuhrzölle für Korn und Ermäßigung derselben für viele andere Artikel, stellt sich als höchst merkwürdige Thatsache heraus, daß die Staats-Einnahmen Englands sich in dem letzten Jahr um nicht weniger als 1 Million Pfd. St vermehrt haben. Niemand würde durch einen temporairen Ausfall überrascht worden sein; aber der freie Handel hat für England mehr gethan, als man erwartete. Der Artikel, welcher die Einnahme besonders gefördert hat, ist Zucker. Eine halbe Million Tons sind 1847 mehr eingeführt worden, als 1846; der Preis ist außerordentlich niedrig und die Konsumtion steigert sich mit ungemeiner Schnelligkeit, wie man immer vorausgesetzt hatte. (Es fallen uns hier unwillkührlich die „Salz-Debaten“ unseres Landtages ein.) D. R.

Niederlande.

Aus dem Haag den 9. Juli. Eine Commission der zweiten Kammer hat über die Ausgaben und Einnahmen der Colonien fün 1846 und 1847 einen merkwürdigen Bericht geliefert. Fast bei jedem Posten tritt die Commission mit der Bemerkung hervor, es seien die Ausgaben nicht legitimirt, und die Notizen, welche Erörterungen des Budgets sein sollen, seien es nur durch den Titel. Die Commission meint: da in dieser Angelegenheit der König die einzige Bürgschaft, es aber leicht sei, hinter dieser Bürgschaft allerlei Mißbräuche zu verbergen, so wäre es sehr erwünscht, daß hier endlich auch noch eine andere Bürgschaft eintrete. — Die zweite Kammer wird am 12. Juli ihre Arbeiten wieder beginnen.

Die katholischen Geistlichen, welche in Ostindien eine holländisch-katholische, d. h. eine unabhängig katholische, wie die deutsch katholische Kirche, gründen wollten, die Herren Groebe, Carstenstat und Dyk, haben von dem Generalgouverneur von Indien zusammen 4500 Gulden Pension erhalten. Die katholische Kirchen-Behörde hat sie nämlich abgesetzt.

Belgien.

Die Organisation des Unterrichts in Belgien. Tausend und abertausend Unterschriften haben die Welt überzeugt, daß der Löwe von Flandern noch seine Mähnen zu schütteln wissen wird, wenn man der billigen Forderung das Niederdeutsche auf Flämischem Gebiete nicht schlechter, als das Französische zu behandeln, ihr Recht versagen wollte. Das erwachte Leben in der Flämischen Literatur giebt der nationalen Forderung noch eine höhere unwiderstehliche Macht. Die wachsende Theilnahme und Begeisterung des Flämischen Volkes für seine Sprache ist etwas Naturgewaltiges und wird aller schlauen, staatsklugen Berechnung spotten. Leider stellt sich noch ein wesentliches Hinderniß den besten Bestrebungen der Flamingen entgegen, ich meine die Organisation des Unterrichts in Belgien.

Schweiz.

Aus der westlichen Schweiz, den 5. Juli. Es ist schwer zn sagen, welchen Sturm des Unwillens die Verbalnote des Französischen Gesandten Bois-le-Comte hervorgerufen hat, der kaum von der Heftigkeit, mit der die sämmtlichen Oppositions-Journale Frankreichs sich auf jene Note warfen, übertroffen wurde. Die Mehrzahl der Schweizerischen conservativen Organe (die ultramontanen natürlich ausgenommen) sprach sich in gleicher Stärke wie die liberale Presse über jenes nun offiziell approbirte Aktenstück aus, welches der Schweiz das Recht der Selbstconstituirung, d. h. der Aenderung des Bundesvertrags vom Jahre 1814, wenn nicht geradezu bestreitet, so doch nur unter Bedingungen gestatten will, deren Untersuchung das Französische Kabinet sich vorbehält.

Die Instruktionen für die Tagsatzung sind nun vollständig bekannt. $12\frac{2}{2}$ Stimmen, also die Mehrheit, erklären das Bestehen des Sonderbundes als unvereinbar mit dem eidgenössischen Bundesvertrag und verlangen die Auflösung desselben. Im Princip also stimmen die $12\frac{2}{2}$ Stände zusammen; in Beziehung aber auf die Mittel, den Auflösungsbeschluß auszuführen, im Falle der Aufforderung von Seiten der Sonderbundsstände nicht entsprochen wird, weichen sie von einander ab. Die Vollmacht der meisten Gesandten geht nicht so weit, sofort zur Anwendung von Gewalt zu stimmen. Hierüber haben sich die instruirenden Großräthe zu entscheiden noch vorbehalten. Die Instruktionen der Sonderbundsgesandten lauten ebenfalls nicht gleich. Die Mehrheit dieser erklärt, daß sie keine Einmischung der Tagsatzung anerkenne und daß sie entschlossen sei, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.

Italien.

Am 18. Juni ist die Kommission, welche von Sr. Heiligkeit den Auftrag erhalten hat, zweckmäßige Verbesserungen des Zustandes der israelitischen Gemeinde in Rom vorzuschlagen, zum erstenmale zusammengetreten. Der Principe di Teano, der sich zu wiederholtenmalen nach dem Ghetto begeben hatte, um denselben in allen seinen Theilen genau zu untersuchen, las einen gründlichen Bericht über den moralischen und materiellen Zustand der dortigen Bevölkerung vor und trug darauf an, daß in Zukunft den Israeliten gestattet werden solle, auch außerhalb des Ghetto, in den nächsten Umgebungen desselben zu wohnen, erklärte, den Ghetto anderswohin zu verlegen oder dessen Umfang zu erweitern. Der Vorschlag des Principe di Teano wurde von der Kommission angenommen und soll durch den Präsidenten, Kardinal-Vikar, Sr. Heiligkeit vorgelegt werden. Monsignor Grasselini, Gouverneur von Rom, wird nächstens auch den Ghetto in Augenschein nehmen, in welchem 3900 Israeliten in einem elenden Zustande leben.

(Beilage.)

Italien.

Rom den 29. Juni. Die entgegengesetzten Parteien verbreiten die böswilligsten, aufreizendsten Gerüchte, wodurch die Schwierigkeit der Lage nur noch vermehrt wird. Es giebt Leute, die sich nicht entblöden, zu behaupten, der hohe Geist Pius' IX. fange an, bereits dem Zweifel an der Möglichkeit seines Reformwerkes Raum zu geben, ja, der heilige Vater gehe mit dem Gedanken um, St. Peter's Stuhl zu entsagen und sich in ein Kloster zurückzuziehen, und habe seinen Bruder, den Grafen Mastai, aus Sinigaglia deshalb hierher beschieden. Die Liberalen oder Progressisten halten heute eine General-Versammlung, um eine Petition zu berathen, welche sie von hier und aus den Provinzen mit mehr als 30,000 Unterschriften zu versehen hoffen. Darin wollen sie dem heiligen Vater darlegen, wie weit er in seinen Reformen gehen könne, unbeschadet der Pflichten seiner apostolischen Würde. Sie verlangen, daß der Papst sich der Volkspartei ganz in die Arme werfe, und dergleichen Rathschläge mehr. Eine ähnliche gedruckte Erklärung, die heute am Caffee nuovo angeklebt ist, hat man vorgestern, als der Papst nach S. Ignazio fuhr, in seinen Wagen geworfen. Ueberhaupt scheint bei diesem Feste die Erbitterung gegen die Väter der Gesellschaft Jesu sich Luft gemacht zu haben. So verkaufte man neben dem Kupferstiche des heiligen Ignatius das Portrait von Clemens XIV. oder theilte es vielmehr unentgeldlich aus, so daß es in Aller Händen ist. Ferner ist die Juden-Reform, welche früher als nothwendiger Fortschritt in den Blättern besprochen wurde und an dem Fürsten von Teano einen warmen Vertheidiger fand, jetzt, da die Bewohner des Ghetto die Erlaubniß erhalten sollen, auch außerhalb dieses Stadttheiles und in dessen Umgebung zu wohnen und überall in der Stadt Buden zu eröffnen, schon nicht mehr populair, und es werden zu einer Eingabe Unterschriften gesammelt, daß diese Maßregel zurückgenommen werde. Die Kaufleute fürchten die jüdische Konkurrenz.

Dem Nürnberger Correspondenten wird aus Rom vom 1. Juli geschrieben: „Die Liebe und Verehrung für Pius IX. ist zwar trotz einer immer schärfer sich aussprechenden Verstimmung noch immer dieselbe, allein man hält ihn gegenwärtig für schlecht berathen, da man weiß, daß Lambruschini fast täglich längere Audienzen bei ihm hat und da man dessen neugewonnenem Einflusse die letzte Notification zuschreibt. Es ist factisch, daß Kardinal Gizzi sich vorher gegen den Erlaß derselben erklärt hat. Das Mißvergnügen gegen Lambruschini und seine Anhänger hat sich bereits auf eine sehr bedenkliche Weise ausgesprochen. Gestern hat der Pater Ventura, auf das Ersuchen einer bedeutenden Zahl angesehener Bürger, dem Papst eine mit einer großen Menge Unterschriften versehene Supplik überreicht, in der die Unterzeichner sich zwar mit dem Fortbestehen der Herrschaft in geistlicher Hand zufrieden erklären, jedoch die baldige Erscheinung einer von der absoluten Form abweichenden liberalen und zeitgemäßen Gesetzgebung verlangen, damit nicht unter einem spätern Regimente die Gefährdung von Freiheit und Leben Vieler ohne rechtliche Begründung zu fürchten sei. Heute Abend findet in Bezug auf diese Supplik eine Congregation sämmtlicher hier anwesender Kardinäle statt."

Dänemark.

Kopenhagen, den 5. Juli. Zur Eröffnung des Isländischen Althings, welche zu Anfang dieses Monats stattfindet, ist in Isländischer und Dänischer Sprache die Königl. Bekanntmachung an denselben in Betreff der Resultate der während seiner Session von 1845 abgegebenen Bedenken und vorgelegten Anträge erschienen. „Wir haben", heißt es in der Einleitung, „mit Allerhöchstem Wohlgefallen aus der allerunterthänigsten Dankadresse Unseres getreuen Althings vernommen, wie sehr die Mitglieder des Things die Sorgfalt für Islands Wohl beherzigen, die Uns dazu bewogen hat, eine besondere rathgebende Versammlung für dieses Land ins Leben zu rufen; und Wir bezweifeln nicht, daß Unsere lieben und getreuen Unterthanen diese Institution so benutzen werden, daß Unsere landesväterliche Absicht mit derselben erreicht werde, so wie Wir aus den in Unserem Althing im Jahre 1845 stattgefundenen Verhandlungen mit Allerhöchster Zufriedenheit den redlichen Eifer Unserer Althingsmänner für das Beste des Landes erkannt haben."

Rußland und Polen.

Warschau, den 9. Juli. Es sind hier strenge Wuchergesetze erschienen. Das erstemal wird mit dreifacher Summe des erwucherten Guts gebüßt, bei dem zweitenmal giebt es Gefängniß und bei dem drittenmal Sibirien. Die Acker- und Gutsbesitzer dürfen nicht andere und nicht mehr Produkte verkaufen, als sie selbst erndten. Strafen wie oben, zuletzt Sibirien. — Die Regierung hat die Grundbesitzer vor dem Verkauf des Getreides auf dem Halme warnen lassen. Das Getreideausfuhr-Verbot wird mit dem 13. August aufhören; indeß könnte es doch sein, daß die Regierung dasselbe erneuerte. — Ein Kaiserl. Befehl gestattet den polnischen Soldaten, welche aus dem Dienst entlassen worden sind, sich im russischen Reiche niederzulassen.

Griechenland.

Athen den 27. Juni. (A. Z.) Täglich aus der Provinz Akarnanien und Aetolien in Athen anlangende Nachrichten bestätigen in allen Details den begonnenen Aufstand des Theodor Grivas. Er hat sich der zwei Forts oder vielmehr befestigten Ortschaften Paläochalia und Plagias bemächtigt, eine bewaffnete Mannschaft, 80 Köpfe stark, hineingelegt und das eine seinem 16jährigen Sohne anvertraut. Er zieht alles Gesindel, das an der Grenze und über derselben auf Türkischem Gebiete sich herumtreibt, an sich, hat eine Werbstation in der Türkischen Stadt Prevesa, wo er jedem Albanesen ein Pfd. St. für den Monat verspricht und wo der Gouverneur eine Amnestie erlassen hat, vermöge welcher 4 bis 5 Räuberchefs die Türkische Provinz unangefochten verlassen und sich auf ein in der Nähe von Prevesa liegendes Eiland Skaplin begeben haben, um nächtlicherweile zu Grivas nach Plagias überzugehen.

Persien.

Die Delhi-Gazette giebt unterm 8. Mai Nachrichten aus Persien, denen zufolge sich dieses Reich, trotz des reißend fortschreitenden Verfalls, zu einem Kriegszug nach Chorassan rüstet, um einen widerspänstigen, und einen wegen seiner Popularität gefährlichen Satrapen zu stürzen und nebenbei die Turkomannen am Gestade des Kaspischen Meeres für ihre räuberischen Einfälle in das Persische Gebiet zu züchtigen. Zu diesem Zwecke hat man 8000 Mann Fußvolk in Teheran zusammengezogen, zu denen noch weitere 1500 Mann stoßen sollen. Die Reiterei ist verhältnißmäßig schwach, desto zahlreicher aber die Artillerie. Das Gerücht will, daß auch Herat durch diesen Kriegszug bedroht werde, der unter der Leitung Hamza Mirza's, des Bruders des Schachs, vor sich gehen soll. Man glaubt übrigens, daß die Russische Politik, der es darauf ankommt, das persische Reich um jeden Preis vollends zu entkräften, bei dieser Unternehmung nicht blos die Hand im Spiel habe, sondern sogar der eigentliche Anstifter derselben sei.

Vermischte Nachrichten.

Stargard-Posen. Probefahrten auf der Strecke zwischen Stargard und Arnswalde und noch etwas weiter hinaus finden jetzt täglich statt, und hofft man mit Zuversicht, daß die ganze Strecke zwischen Stargard und Woldenberg am 1. August c. dem Verkehr eröffnet werden wird.

Berlin, den 7. Juli. Der hiesige Norddeutsche Volksschriftenverein hat, um schlummernde Talente zum Besten des Volks zu wecken, und um auf jedem nur möglichen Wege seinem Zwecke, der Hervorrufung guter Bücher näher zu kommen, ein Preis-Ausschreiben von dreihundert und funfzig Thalern für die beste Volksschrift ausgesetzt. Die allgemeinen Bedingungen, welche die Mitbewerbung eines solchen Manuscripts zulässig machen, sind: daß jedes eingesandte Manuscript in die Unterhaltungs-Literatur einschlägt und die Stärke von wenigstens 12 Druckbogen umfaßt.

Eine furchtbare Epidemie war Ende Mai in Newyork unter den anlangenden „Einwanderern" ausgebrochen. Alle Wohlthätigkeits Institute waren und sind noch mit ihnen gefüllt. Das Schiffs-Fieber richtet eine gräßliche Verheerung unter den Tausenden an, die an die hiesige Küste geworfen werden. Auch in Boston ist es ausgebrochen, und wenn der Strom der Emigranten fortdauert, bis das heiße Wetter eintritt, so wird noch Verderblicheres befürchtet. Als Hauptgrund dieser Krankheit wird die schlechte Verpflegung auf den Schiffen betrachtet.

In Schottland hat man mit Erfolg Versuche gemacht, die Bäume vermittelst des Galvanismus gegen Insekten zu schützen. Ein Kupfer- und ein Zinkring, am Fuße und in der Höhe des Stammes, welche durch einen Draht verbunden sind, genügen; jedes Insekt, das den Kupferring berührt, erhält einen Schlag, der es tödtet oder zu Boden wirft.

(Eingesandt.)

Aus den in der hiesigen Zeitung veröffentlichten Beschlüssen der geehrten Stadtverordneten-Versammlung ergiebt sich eine so große Menge außerordentlicher Ausgaben an Armen- und sonstigen Unterstützungen, Gratifikationen u. s. w., daß schon jetzt mit Sicherheit vorauszusehen ist, welch ein trauriges Ergebniß der Haupt-Abschluß unserer Kämmerei-Kasse am Ende dieses Jahres liefern wird. Die Verpfändung einer bedeutenden Summe von Stadt-Obligationen hat zwar dem augenblicklichen Bedarfe einigermaßen genügt; es ist aber hierbei wohl zu bedenken, welche vermehrte Zinsenlast der Kämmerei-Kasse hierdurch erwächst — der Wiedereinlösung gar nicht zu gedenken — und daß diese letzte Anstrengung wohl nicht die Mehr-Ausgaben und die Minder-Einnahmen gegen den Etat pro 1847 decken wird.

Die Einkommen-Steuer im Jahre 1848 dürfte sich schwerlich höher belaufen, als die für das laufende Jahr, da der Mittelstand der hiesigen Bürgerschaft, welcher hierbei den Ausschlag giebt, durch die Zeitverhältnisse notorisch so gedrückt ist, daß ihm nicht füglich und nach Billigkeit und Recht eine Erhöhung hierin zugemuthet werden kann, wenn sich nicht etwa, was aber zu bezweifeln, freiwillige Anerbietungen finden sollten.

Es möchten daher nur drei Wege übrig bleiben, und zwar entweder

1) eine neue Anleihe, und damit für die Zukunft vermehrte Zinsenzahlung und Erhöhung des Amortisations-Fonds, oder
2) eine anderweite den hiesigen Einwohnern unter irgend einem Namen aufzulegende Kommunal-Steuer, oder endlich
3) die äußerste Beschränkung in den Ausgaben und die strengste Wahrnehmung aller derjenigen Quellen, welche der Kommune noch irgend eine Einnahme, sie sei auch so gering, als sie nur wolle, gewähren können.

Es ist hier nicht der Zweck, dem weiseren Ermessen der geehrten Stadtverordneten-Versammlung irgend wie vorzugreifen, aber die Besorgniß darf nicht verhehlt werden, daß auf dem angebahnten Wege, mitten im tiefsten Frieden, die Kommune in kurzer Zeit in eine Schuldenlast gerathen muß, — vorausgesetzt, wenn ihr Kredit hierzu auslangt — daß deren Tilgung gar nicht abzusehen ist. Denn diejenigen Vorschüsse, deren Erstattung erst im prozessualischen Wege erstritten werden soll, wollen wir aus leicht begreiflichen Gründen hier gar nicht in Betracht ziehen.

Unter solchen Umständen muß allerdings die Realschule, als Luxus-Artikel, in den Hintergrund treten. Ein hiesiger Bürger.

Bekanntmachung.

Auf den Antrag ihrer Verwandten und resp Kuratoren werden die nachstehend benannten Personen:

1) Leonhard Dorn, ein Sohn des Schuhmachers Johann Dorn von hier, welcher in den Jahren 1809 bis 1813 in Posen verstorben seyn soll;

2) der Schmiedegeselle Franz Osiecki aus Krotoschin, welcher in den Jahren 1817 oder 1818 von Krotoschin auf die Wanderschaft gegangen;

3) der Carl Tarent, Sohn des Wirths Lorenz Tarent aus Roszkowo, Kröbener Kreises, welcher vor etwa 30 Jahren in die Gegend von Kalisch gezogen und dort zum Militair ausgehoben seyn soll;

4) die Hedwig Ziayka, eine Tochter der Wojciech und Marianna Ziaykaschen Eheleute aus Krotoschin, welche vor ungefähr 40 Jahren nach Kalisch in den Dienst und dann nach Rußland gegangen seyn soll;

5) Hirsch Auerhahn aus Kozmin, welcher vor mehr als 40 Jahren nach Polen gegangen seyn soll;

6) der Tuchmachermeister Andreas Gottlob Seiffert aus Rawicz, welcher vor etwa 40 Jahren in die Fremde gegangen und in Thorn verunglückt seyn soll;

7) der Tuchmacher Carl August Drescher aus Karge, welcher seit 14 bis 15 Jahren verschollen ist;

8) der Tuchmachergeselle Christian Bellach aus Schwerin, welcher im Jahre 1808 nach Russisch Polen gewandert ist und im Jahre 1810 die letzte Nachricht aus der Gegend von Warschau gegeben hat;

9) die Geschwister Radziszewski:

a) Johann, b) Barbara, c) Martin, d) Stanislaus aus Posen, Kinder der Rosalie und Wojciech Radziszewskischen Eheleute, welche seit länger als 15 Jahren verschollen sind, und von denen:

Johann vor 20 Jahren in Przeclaw gedient haben soll,

Barbara in Warschau ertrunken seyn soll,

Martin im Jahre 1812 als Soldat nach Rußland gegangen, und

Stanislaus vor ungefähr 20 Jahren in Kalisch bei einem Russischen Offizier gedient haben und mit diesem nach Rußland gegangen seyn soll;

10) die Johanna Christiana Jordan, zuerst verehelichte Skorska, später verehelicht an den Doctor Korzyniewski, welche aus Pleschen gebürtig ist, in Kalisch gelebt hat und vor mehr als 10 Jahren von dort verschollen ist;

11) Caspar Zenker aus Skoraszewo, Pleschener Kreises, welcher vor etwa 40 Jahren von dort in die Fremde gegangen ist;

12) die Gebrüder Ferdinand und Samuel Gottlieb Reichert aus Ostrowo, Tuchmacher-Gesellen, welche in den Jahren 1819 oder 1820 auf die Wanderschaft nach Russisch-Polen gegangen sind;

13) der Carl Eduard Schwarz, Sohn des Auszüglers Valentin Schwarz aus Czacz, welcher vor etwa 24 Jahren als Bedienter nach Warschau gereist und seitdem verschollen ist;

14) die Geschwister Michael und Agnes Mądroszkiewicz aus Krotoschin, von denen:

a) Michael im Jahre 1812 mit den Franzosen nach Rußland gegangen,

b) die Agnes an einen Schmidt Ignatz in Polen verheirathet gewesen, und im Jahre 1831 in oder bei Blaszki an der Cholera gestorben seyn soll;

15) der Schmiedegeselle Lucas Bąbski aus Kozmin, welcher im Jahre 1830 nach Polen gegangen ist und in Kalisch als Rekrut des Polnischen Heeres gesehen worden, demnächst verschollen ist;

16) Vincent Swoboda aus Wągsowo bei Wytomyśl gebürtig, der vor etwa 40 Jahren zum Polnischen Heere ausgehoben seyn soll und seitdem nichts von sich hat hören lassen;

17) der Mühlenpächter Gottfried Stahn aus Grätz, welcher im Jahre 1828 oder 1829 nach Polen gereist und seitdem verschollen ist;

18) Carl Benjamin Weber aus Kobylin, welcher vor etwa 38 Jahren nach Polen gegangen ist;

19) Peter Paszke, auch Paszkiewicz genannt, aus Grabow, welcher im Jahre 1831 in der Polnischen Armee gedient hat und seitdem vermißt wird;

20) Michael Górczyński, ein Sohn des Lucas Górczyński von hier, welcher im Jahre 1809 mit der Französischen Armee nach Rußland gegangen seyn soll;

21) der Fleischer Benjamin Wolff und seine Ehefrau Johanna Julianna Friederike geb. Renn, aus Bnin, welche vor mehr als 20 Jahren nach Polen gegangen und seitdem verschollen sind; und

22) der Schneider Friedrich Christian Carl Schmidt, Sohn des Schneiders Christian Schmidt aus Arolsen gebürtig, welcher im Jahre 1825 von Neuwelt bei Lissa aus auf die Wanderschaft gegangen, und nachdem er im Jahre 1826 zurückgekehrt, bald darauf nach Böhmen gegangen, seitdem aber verschollen ist,

und die etwa von diesen Verschollenen hinterlassenen unbekannten Erben und Erbnehmer aufgefordert, sich spätestens in dem

am 9ten December 1847 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Ober-Landesgerichts-Referendarius Bittner in unserm Instruktionszimmer anstehenden Termine schriftlich oder persönlich zu melden und Nachricht von ihrem Leben und Aufenthalte zu geben und demnächst weitere Anweisung zu gewärtigen, widrigenfalls die aufgebotenen Verschollenen für todt erklärt und die unbekannten Erben derselben mit ihren Erbansprüchen werden präkludirt werden.

Posen, am 20. December 1846.

Königliches Ober-Landesgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der zum Verkauf des dem Maurermeister Schlarbaum gehörigen Grundstücks No. 231/2. St. Martin hier auf den 24sten November d. J. anberaumte Licitations-Termin ist aufgehoben worden.

Posen, den 10 Juli 1847.

Königl. Land- und Stadtgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Es sollen einige alte zum Abbruch bestimmte hölzerne Gebäude auf dem Grundstück Graben No. 23., so wie eine Parthie unbrauchbare Pallisaden von Kiefernholz, als Brennholz auf dem Festungs-Bauhofe, an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung des Zuschlags Seitens der Festungsbau-Direktion, öffentlich verkauft werden.

Kauflustige werden mit dem Bemerken eingeladen, daß hierzu Termin auf

Freitag den 16ten Juli c.

auf Ort und Stelle ansteht, und zwar wird am genannten Tage Vormittags halb 10 Uhr auf dem Grundstück No. 23. Graben mit dem Verkauf der Gebäude begonnen werden, und demnächst um 11 Uhr der Verkauf der Pallisaden im Festungsbauhofe stattfinden

Bemerkt wird noch, daß nach erfolgter Genehmigung des Zuschlages Seitens der Festungsbau-Direktion für die verkauften Gegenstände keine Garantie irgend einer Art mehr übernommen wird.

Posen, den 8. Juli 1847.

Königliche Festungsbau-Direktion.